

Mit Julia Schmuck im Studio Guten Abend.

Die Notabevölkerung in Nordafrika ist groß, gleich zwei Naturkatastrophen fordern tausende Tote.

Nach dem Erdbeben in Marokko schwindet mittlerweile die Hoffnung, überlebende unternden Trümmern zu finden.

In Libyen werden noch tausende Menschen vermisst.

Der Ausstieg aus fossiler Energie beim Heizen kommt in Österreich nicht vom Fleck, längst sollte das Gesetz dafür in Kraft sein.

Aus der ÖVP kommen jetzt aber Stimmen, die neu verhandeln wollen.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft stellt heute das Novomatikverfahren gegen Ex-Finanzminister Blümel ein.

Und der Pharma-Riese Böhlinger Ingeheim wollte in Bruck an der Leiter in Niederösterreich einen neuen Standort mit 800 Arbeitsplätzen errichten.

Das wurde jetzt abgesagt.

Die Wetter-Wetter-Stelle stellt sich langsam auf Herbst ein.

Manuel Oberhuber

Vor allem in Vorarlberg und im Tiroler Oberland regnet es derzeit stellenweise.

Damit wird eine Wetter-Umstellung eingeleitet.

Morgen am Mittwoch sind besonders im Bergland Schauer und Gewitter zu erwarten.

Dabei kann es durchaus kräftig regnen.

Und hier kühlt es auf etwa 22 Grad ab.

Im Osten und Süden Österreichs gehen sich mit mehr Sonnenschein noch einmal bis zu 30 Grad aus.

Am Donnerstag gehen die Temperaturen dann überall zurück und passen ungefähr zur Jahreszeit.

Nach der Flut in Libyen zeigt sich heute das Ausmaß der Katastrophe.

Die Zahl der Todesopfer steigt weiter an.

Ein Regierungssprecher spricht heute Nachmittag von über 5000 Toten.

Befürchtet werden noch viele mehr, denn 10.000 Menschen werden ladrotem Kreuz vermisst.

Birgit Schwarz berichtet.

In der Hafenstadt Darner haben die Regenfluten zwei Dämme durchbrochen und sind mit so großer Wucht durch das Stadtzentrum geschossen, dass Häuser befestigte Hänge und Straßen mitgerissen wurden.

So sind ganze Stadtviertel verschwunden und mit ihnen die Menschen, die sich dort aufgehalten haben.

Die Rettungshelfer haben hunderte leblose Körper aus dem Wasser und den Trümmern gezogen.

Den Überlebenden fehlt es an allem.

Die Menschen dort brauchen Gesundheitsversorgung, Unterkünfte, Nahrungsmittel und Hygieneartikel.

Erste Hilfe, psychosoziale Betreuung und Familienzusammenführung.

Sagt Harmer Ramadan von der Internationalen Föderation des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes.

Das Sturm und Regentief hat ein Land getroffen, dessen Infrastruktur seit mehr als 10 Jahren durch einen grausamen Bürgerkrieg zerstört wird.

Die Helfer überrascht es nicht, dass Dämme gebrochen und halb zerschossene Häuser endgültig eingestürzt sind.

Darna wird von den Kräften des Generals Khalifa Haftar kontrolliert.

Er ist der Stachgemann hinter der Regierung im Osten Libyens.

Das Generalkommando überwacht die Rettungsmaßnahmen und die Vermistensuche.

Die Einheiten haben es geschafft, Verschüttete zu befreien in den unterschiedlichen betroffenen Gebieten.

Sagt Khalifa Haftar.

Seine Basis ist die Stadt Benghazi.

Und genau dort treffen seit heute die ersten Hilfslieferungen aus der Türkei ein, obwohl die Türkei eigentlich mit der zweiten international anerkannten Regierung in West-Lybien verbündet ist.

Gleich daneben landen große Flugtransporter aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, die wiederum General Haftar unterstützen.

Das zeigt, vor welchen Herausforderungen die internationalen Helfer in dem Bürgerkriegsland stehen.

Wir bleiben in Nordafrika kommen nach Marokko.

Auch hier steigt die Zahl der Toten nach Angaben der Regierung sind knapp 3000 Menschen durch das Erdbeben vor vier Tagen gestorben.

Die Rettungskräfte suchen zwar noch, nach Verschütteten die Hoffnung noch Überlebende zu finden, wird aber immer kleiner.

Die Hilfe konzentriert sich jetzt auf die, die bei dem Beben alles verloren haben.

In fehlender abgelegenen Dörfer im Atlasgebirge fehlt allerdings immer noch das Nötigste. Christian Leninger berichtet.

Das ist jetzt schon der vierte Tag.

Alles was wir bräuchten wäre ein Zelt, klackt ein Mann, der nach wie vor auf Hilfe wartet.

In seinem Mitsprünge durchgezogenes Haus traut er sich seit dem Beben nicht mehr.

Ein anderer Zelt, er müsse mit bloßen Händen im Schutt graben, weil es wieder Schaufeln noch Bagger gäbe.

21 Menschen würden in seinem Dorf noch vermisst, sagt er.

Es sind die abgeschiedensten der Bergdörfer, wo es nach wie vor an fast allem fehlt, auch an Wasser und Lebensmitteln.

Die Rettungsleute räumen die durch Erdbeben verschüttete Schotterstraßen in die Berge, zwar mit Baggern frei, damit auch Rettungsautos und Lastwagen in die entlegeneren Siedlungen durchkommen.

Doch es ist eine langsame, mühsame Arbeit, die noch lange nicht abgeschlossen ist.

In den größeren Dörfern und Städten hingegen gibt es inzwischen Unterstützung für die Menschen.

Auf dem Flughafen von Marrakesh landet ein Flugzeug aus den Vereinigten Arabischen Emiraten mit Lebensmitteln, Decken und Zelten am Bord.

Willkommene Hilfe, doch noch immer zu wenig.

Neben den Emiraten erlaubt Marokko nur drei anderen Ländern Hilfsteams zu entsenden, nämlich Spanien, Großbritannien und Katar.

Und auch daran wird inzwischen Kredit gelaut.

Wir sollten internationale Hilfe akzeptieren, alles nehmen, was man uns gibt, meint ein Mann, der seine gesamte Familie verloren hat.

Was Deutschland vorige Woche beschlossen hat, steckt bei uns seit fast einem Jahr fest.

Der Ausstieg aus fossilen Energien beim Heizen.

Vor zehn Monaten haben sich ÖVP und Grüne zwar auf das Erneuerbaren Wärmergesetz geeinigt, jetzt kommen aber kritische Töne von der ÖVP dazu.

Außerdem fehlt noch ein Partner für eine Zweidrittelmehrheit, das gilt auch für den Mietpreisdeckel Stefan Kappar hat berichtet.

Das Erneuerbaren Wärmergesetz sei von der Struktur her falsch aufgebaut, da hat man nicht alles mitgedacht.

Man wolle das ewg daher neu verhandeln und zwar mit Hausverstand.

Mit dieser Aussage im Korea hatte ÖVP-Energiesprecherin Tanja Graf gestern aufhorchen lassen.

Noch am Abend sind die schwarz-grünen Klubschäfts zur Beschwichtigung ausgerückt.

Die Verhandlungen über das Gesetz, das schon seit jener in Kraft sein sollte, würden zügig weitergehen.

Der grüne Umweltsprecher Lukas Hammer wiederholte heute, dass die Verhandlungen zum Erneuerbaren

Wärmergesetz zügig weitergeführt werden und nicht das neu verhandelt wird.

Die Schuldigen für die Verzögerung hat der Grüne auch schon ausgemacht.

Wir sehen einfach, dass die ÖL und Gaslobby versucht, mit Händen und Füßen sich zu wehren, ihre Interessen zu verteidigen.

Das Gesetz soll den Ausstieg aus ÖL ab 2035 und aus Gas ab 2040 bei der Raumheizung fixieren.

Das schmeckt in der ÖVP vielen nicht.

Die stellvertretende SPÖ-Klubschäfin Julia Herr bringt die Irritation innerhalb der Koalition so auf den Punkt.

Die ÖVP will dieses Gesetz politisch verräumen, die hat kein Interesse daran und die Grünen schaffen es nicht, sich dagegen durchzusetzen.

Weil das Heizungsgesetz in Länderkompetenzen eingreift, braucht es einen Beschluss mit zwei Drittel Mehrheit, also die SPÖ oder die FPÖ.

Die Freiheitlichen schließen eine Zustimmung aus, die SPÖ sei offen, sagt Herr, aber der Entwurf schütze die Mieter nicht, die die Kosten des Heizungsaustausches voll treffen würden.

Das ist für uns Bedingung, also wir sagen immer, Ausstieg aus fossiler Energie ja, aber natürlich muss der sozial gerecht passieren.

So wie das jetzt vorliegt von ÖVP und Grünen, würde sich wirklich sämtliche Kosten auf die Mieter denen abwälzen lassen und das darf nicht passieren.

Nein, sagen SPÖ und Freiheitliche auch zum Mietpreisteckel, den die Regierung mit Verfassungsbestimmungen absichern will.

Indiskutabel ein Anschlag auf den sozialen Wohnbau und ein Geschenk an Immobilien-Spekulanten zu FPÖ-Abgeordneter Philipp Schrangl zum Entwurf.

Auch SPÖ-Clubchef Philipp Kucher will, Zitat, keine Sekunde über den Vorschlag reden, jährliche Mieterhöhungen in der Verfassung zu verankern.

Die SPÖ will einen zweijährigen Mietpreis stoppen.

Schadstoffe in der Luft unser nächstes Thema, die EU will die Luftqualität verbessern und bei Grenzwerten nachschärfen, bis bis zur Mitte des Jahrhunderts soll dadurch die

Luftverschmutzung  
auf Null reduziert werden.

Allerdings regt sich Widerstand vor allem bei der konservativen Fraktion, der geht das Vorhaben zu weit.

Morgen stimmt das EU-Parlament über das Gesetz ab aus Strasburg berichtet, Benedikt Feichter. Die Schadstoffbelastung in der Luft hat sich in den vergangenen Jahren verbessert. So gehört der regelmäßige Ozone-Alarm der 1990er-Jahre der Vergangenheit an. Von sauberer Luft könne allerdings noch nicht gesprochen werden, sagt der EU-Abgeordnete Günther Siedl von der SPÖ.

Es gibt auch eine WHO-Studie, die ganz klar besagt, dass wir in Europa 300.000 vorzeitige Todesfälle in Europa haben aufgrund der schlechten Luftqualität.

Als unverhältnismäßig und überzogen bezeichnet der umweltpolitische Sprecher der Konservativen Fraktion, Peter Liese, den Gesetzesvorschlag.

Selbst Fahrverbote und die Abschaltung von Industrieanlagen könnten notwendig werden.

Auch Roman Heider, EU-Parlamentarier der FPÖ, kann dem Vorhaben wenig abgewinnen.

Es ist prinzipiell die Luftreinhaltung ein sinnvolles Anliegen, aber wenn wir hier völlig überzogene Emissionsvorschriften und völlig überhöhte Grenzwerte vorgeschrieben werden sollen, dann können wir natürlich auf gar keinen Fall mitstimmen.

Grüne und Sozialdemokraten wollen den Gesetzesvorschlag der EU-Kommission hingegen sogar verschärfen.

Nach der Abstimmung im EU-Parlament müssen sich Vertreter der EU-Länder des Parlaments und der EU-Kommission auf einen Kompromiss einigen.

18 Uhr und 9 Minuten hören das Ö1-Abend-Journal, die Causa Novumatic, unser nächstes Thema. Die Wirtschafts- und Korruptionstaatsanwaltschaft hat hier die Ermittlungen gegen ex-ÖVP-Finanzminister

Gernot Blümel wegen Bestechlichkeit eingestellt.

Ermittelt wurde wegen des Verdachts seiner Spende von Novumatic an die ÖVP.

Im Gegenzug soll die ÖVP dem Glücksspielkonzern bei Steuerproblemen in Italien geholfen haben, so lautete der Vorwurf.

Barbara Ganzfuß berichtet.

Die Ermittlungen haben das Jahr 2017 betroffen und einen Chatverlauf zwischen dem damaligen Novumatic-Vorstand Harald Neumann und Gernot Blümel damals noch Wiener ÖVP-Stadtpolitiker. Darin hat Neumann um einen Termin beim damaligen Außenminister Sebastian Kurz gebeten, um wie es im SMS heißt, über eine Spende und wegen eines Problems, das wir in Italien haben, zu sprechen.

Daraufhin bittet Gernot Blümel den damaligen Generalsekretär im Finanzministerium Thomas Schmid um einen Rückruf bei Neumann mit dem Hinweis, tu es für mich.

Blümel hat argumentiert, er habe nur versucht, dass eine österreichische Behörde bei einem österreichischen Unternehmen zurückruft und habe dafür sicher nie irgendwelche Vorteile erwartet oder verlangt.

Die Wirtschafts- und Korruptionstaatsanwaltschaft hat geprüft, ob es ein Spendenangebot der Novumatic gegeben hat und im Gegenzug ÖVP geführte Ministerien Novumatic bei Steuerproblemen in Italien geholfen haben.

Gegen beide Blümel und Neumann wurden die Ermittlungen jetzt eingestellt, eine Novumatic-Spende

an die ÖVP sei nicht nachweisbar gewesen, schreibt die WKSDA und auch nicht, dass Gernot Blümel Sebastian Kurz über das Terminsuchen und eine mögliche Spende informiert hat und auch nicht, ob bei einem etwaigen Termin zwischen Neumann und Kurz ein strafbares Spendenangebot

samt Verknüpfung mit einem konkreten Amtsgeschäft stattgefunden hat.

Beide, Harald Neumann und Gernot Blümel, haben die Vorwürfe stets bestritten.

Anders als geplant wird der deutsche Pharmakonzern Böhlinger Ingelheim sein Milliardenprojekt in Burkander-Leiter in Niederösterreich nicht umsetzen.

Die Firma hätte hier eine Produktionsanlage für Medikamente bauen wollen, 800 Arbeitsplätze hätten entstehen sollen.

Tobias Holler mit den Details.

Man habe seine Konzernstrategie geändert und werde das Investment in Burkander-Leiter deshalb nicht weiter verfolgen, heißt es von Böhlinger Ingelheim.

Man setze künftig verstärkt auf die Produktion anderer Medikamente, deshalb würden die bestehenden

Kapazitäten im Bereich der Bio-Pharmazie ausreichend so ein Konzernsprecher.

Jochen Danninger, der Aufsichtsratsvorsitzende der Niederösterreichischen Wirtschaftsagentur ECO+.

Bezeichnet die Entscheidung als schmerzhaften Warnschuss für den Wirtschaftsstandort Österreich.

Landeshauptfrau Johannemiek Leitner meint, man werde sich der prosperierenden

Wirtschaftsregion

rund um Burkander-Leiter trotzdem weiterhin widmen.

Im April 2022 sind die Pläne von Böhlinger Ingelheim als das größte Anzehlungsprojekt der niederösterreichischen Geschichte präsentiert worden.

800 neue Arbeitsplätze hätten geschaffen werden sollen.

Bildung jetzt.

Lehrerinnen und Lehrer in Österreich verdienen besser als ihre Kolleginnen und Kollegen in vergleichbaren Ländern.

Das zeigt ein heute veröffentlichter Bericht der OECD.

Aufwalten ist dabei auch berufsbildende Ausbildungen, wie die Lehre haben bei unseren hohen Stellenwert und die Ausgaben für Bildung sind im internationalen Vergleich in Österreich nicht besonders hoch, wie Peter Taser berichtet.

Unter den OECD-Mitwizländern hat Österreich den höchsten Anteil an berufsbildenden Abschlüssen.

Rund die Hälfte hat hierzulande eine Lehre oder eine berufsbildende Schule wie eine HTL absolviert.

Während nämlich die Lehre in Österreich einen guten Ruf hat, wird in den meisten OECD-Ländern berufliche Ausbildung, so steht es im Bildungsbericht, häufig als Ausweichmöglichkeit bei Schul- und

Motivationsproblemen gesehen und nicht als erste Wahl für berufliche Laufbahnen.

Laut OECD sollten auch andere Länder mehr auf diese Art der Berufsausbildung setzen.

Im internationalen Vergleich sind die Einkommen der Lehrerinnen und Lehrer in Österreich

laut OECD-Bildungsbericht hoch und zwar quer durchs ganze Berufsleben und an allen Schulformen.

Und es gibt trotz der aktuellen Diskussion um den mangelnden Lehrkräften in Österreich vergleichsweise viel Personal.

Rein rechnerisch kommen etwa in der Volksschule 12 Kinder auf jede Lehrkraft.

Im Durchschnitt der OECD-Länder sind es, so wie in Deutschland und der Schweiz, 15 Kinder je Lehrkraft.

Dabei liegen die Bildungsausgaben im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung in Österreich niedriger als im OECD-Durchschnitt.

Österreich kommt auf Bildungsausgaben von 4,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Der Schnitt der OECD-Länder beträgt 5,1 Prozent.

Der geplante europäische Raketenschutz Schirm Sky Shield nimmt langsam Formen an.

Österreich will bei der Beschaffung mit Deutschland kooperieren.

Verteidigungsministerin Claudia Tanner von der ÖVP erhofft sich davon unter anderem geringere Kosten, wie Niklas Lärcher berichtet.

Beim europäischen Luftabwehr Schirm Sky Shield gehen Österreich und Deutschland Hand in Hand.

Verteidigungsministerin Claudia Tanner von der ÖVP will gemeinsam das deutsche Luftabwehrsystem

Iris T. kaufen.

Eine Vereinbarung dazu soll demnächst unterzeichnet werden.

Wir erwarten uns dadurch auch, dass wir gemeinsame Ausbildung durchführen können und durchaus

auch, dass die Beschaffung dieser Systeme dann günstiger wird.

Was das kostet, ist noch unklar.

Im Aufbauplan des Bundesheeres sind für die Luftabwehr jedenfalls 2 Milliarden Euro eingepreist.

Das Bundesheer will insgesamt acht Iris T. Systeme kaufen mit einer maximalen Reichweite bis zu 50 Kilometer, betont der Kommandanz der Luftstreitkräfte Gerfried Promberger.

Was uns überhaupt die Möglichkeit macht, die österreichische Bevölkerung zu schützen, das kennen wir derzeit nicht.

Mit Iris T. sei die Zusammenarbeit mit den Partnern, die allermeisten davon NATO-Staaten möglich.

Die Chef der Luftstreitkräfte versucht hier einmal mehr zu beruhigen.

Die Entscheidung über einen möglichen Abschuss liege nach wie vor in Österreich.

Wenn es um den Schutz von Österreich geht, dann entscheiden wir das sicher selber.

Bedenken, dass Sky Shield nicht mit der Neutralität vereinbar sei, wischt auch

Verteidigungsministerin

Tanner vom Tisch.

Es gibt keinen einzigen Verfassungs- und Völkerrechts-Experten, der irgendeinen Zusammenhang damit

sieht.

Zudem informiere sie laufend, dass Parlament verteidigt sich Tanner gegen Kritik von SPÖ und FPÖ.

Wir bleiben bei deutsch-österreichischen Beziehungen.

In der bayerischen Hauptstadt München hat heute Bayerns Staatsregierung gemeinsam mit Gästen aus Österreich getagt.

Bundeskanzler Karl Nehammer und Innenminister Gerhard Karna bei der ÖVP waren dabei.

Damit im Wahlkampf stehende bayerische Ministerpräsident Markus Söder dürfte sich von dem Treffen auch

politischen Rückenwind erwartet haben.

Aus München Peter Fritz.

Wir haben uns sehr gefreut, dass der Bundeskanzler da war.

Es gab Weißwürste, Wasser, Kaffee und coole Leid.

Von herzlicher Atmosphäre spricht der bayerische Ministerpräsident Markus Söder nach der Kabinettsitzung

in München, an der Bundeskanzler Nehammer und Innenminister Karna als Gäste dabei waren.

Einer allerdings hat gefehlt, der stellvertretende bayerische Ministerpräsident Hubert Aiwanger, zuletzt durch Enthüllungen über rechtsextreme Umtriebe als Jugendlischer in den Schlagzeilen, war nicht dabei, entschuldigt wegen des ersten Schultages seines Sohnes.

Migration hätte den Meinungsauhalt dominiert, sagt Gastgeber Markus Söder, der mitten im Wahlkampf steht und daher auch nebenbei eine Spitze gegen die deutsche Bundesregierung in Berlin anbringt.

Man kann eine sagen, Österreich hat sich in Europa, was das Thema Migration bitte, fast zu einem Vorbild entwickelt.

Und wir wünschen uns auch mehr Wien statt Berlin in der Migrationspolitik.

Wer oft zwischen Bayern und Österreich unterwegs ist, muss mit weiteren Erschwernissen durch Grenzkontrollen rechnen.

Auch darüber sind sich beide Seiten einig.

Das Wichtig ist, dass diese Grenzkontrollen ja nicht einfach so stattfinden, sondern ein Zeichen dafür sind, dass der Außengrenzschutz eben nach wie vor nicht ausreichend funktioniert.

Sagt der Gast aus Wien und auch der bayerische Ministerpräsident meint, über ein kontrollfreies bayerisch-österreichisches Grenzelebens könne erst geredet werden, wenn die EU Außengrenzen sicher seien.

Jetzt ein großer Sprung nach Asien.

Der Sohn der in Myanmar inhaftierten ehemaligen Regierungschefin und Friedensnobelpreisträgerin

Aung Sang-Su-Chi sorgt sich um ihr Leben seiner Mutter.

Die 78-Jährige wurde nach ihrem Sturz zu insgesamt 27 Jahren Haft verurteilt und hat Gesundheitsprobleme, Susanne Neverglau berichtet.

Extrem besorgt und den Myanmar inhaftierte Aung Sang-Su-Chi ist ihr Sohn Kim Aris.

Sie ist 78 Jahre alt und nicht mehr so robust wie früher.

Da sie nicht mehr essen könne, gebe es nicht mehr viel Hoffnung für sie, sagt der in Großbritannien lebende Sohn der gestürzten de facto Regierungschefin Myanmar.

Aung Sang-Su-Chi ist vom Militär im Februar 2021 gestürzt und verhaftet worden.

Nach zahlreichen Gerichtsprozessen muss sie derzeit eine 27-jährige Haftstrafe in Myanmar abbüßen.

Wegen Zahnfleisch und Zahnproblemen habe es eine Mutter nicht essen können, sie habe

außerdem an Schwindel und Erbrechen gelitten, erzählt Kim Aris.

Ich weiß, dass die Zustände in den Gefängnissen im Myanmar schrecklich sind, viele Menschen sterben in diesen Gefängnissen, sagt Aung Sang-Su-Chi's Sohn Kim Aris.

Vielen Beschäftigten und auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern ist Weiterbildung wichtig, nur die Umsetzung in der Praxis in den Betrieben ist schwierig.

Oft fehlt den Mitarbeitenden die Zeit, um Kurse und Seminare zu besuchen, dass er gibt eine neue Umfrage, die die Wirtschaftskammer und das WIFI heute vorgestellt haben.

Michael Fröschl berichtet.

Zwischen Wunsch und Wirklichkeit klafft ein Spalt.

Mehr als die Hälfte der Beschäftigten hält Lebens- und Berufsbegleitendes Lernen für sehr wichtig.

Nicht einmal ein Drittel kann die Weiterbildungspläne konkret in die Tat umsetzen.

Woran scheitert es?

Studienleiter Paul Eiselsberg von IMAAS, denn viele Betriebe klagen über Personalmangel.

Es ist zunehmend schwierig, Beschäftigte für Kurse und Seminare freizustellen.

Die Wirtschaftskammer fordert mehr Anreize wie ein staatlich finanziertes Bildungskonto oder eine Bildungsprämie.

Thematisch werden Weiterbildungen in den Bereichen IT, Digitalisierung, Klima und Energie am wichtigsten, sagen die Betriebe.

Viele offene Fragen gibt es rund um den tödlichen Vorfall heute in der Früh im Zoo Salzburg. Dabei ist eine 33 Jahre alte Tierpflegerin aus Bayern von einem Nashorn attackiert und getötet worden.

Ihr 34 Jahre alter Kollege und Ehemann ist schwer verletzt worden.

Beide gelten als sehr erfahrene Tierpfleger.

Der Zoo bleibt bis auf weiteres geschlossen.

Martina Lublasser informiert.

Es war heute früh bei der routinemäßigen Insektenbehandlung der Dickhäuter im Nashorn Haus des Zoo Salzburg in Helbrunn, als sein Nashorn-Weibchen plötzlich die 33-jährige Pflegerin angreift.

Die Frau stirbt noch an der Unfallstelle.

Ihr Ehemann und Kollege wollte offenbar das Nashorn ablenken und ist selbst schwer am Bein verletzt worden, schildert Zoo-Geschäftsführerin Sabine Krebner.

Ich kann nur sagen, dass beide Tierpfleger sehr routinierte und erfahrene Tierpfleger sind.

Die Verstorbene ist seit 2014 im Zoo, ist geprüfte Tierpflegerin, war vorher in München, ist bekannt durch ihre Vorsicht, die routinemäßiges Arbeiten, ihre Professionalität.

Sie arbeitet sehr eng bei den Nashornern auch mit den Ärzten zusammen, weil sie so gut mit den Nashornern kann und weil sie so gut die Nashörner kooperieren wie bei ihr.

Der verletzte Ehemann der getöteten Tierpflegerin ist heute operiert worden und kann noch nicht zu den Vorkommnissen in Nashornhaus in Helbrunn befragt werden.

Die Angehörigen der Opfer und alle Zoo-Mitarbeiter werden vom Kriseninterventionsteam des Roten Kreuzers betreut.

Dazu bleibt deshalb bis auf Weiteres geschlossen.

Geplant ist, alle internen Abläufe im Tiergarten noch einmal genau zu überprüfen.

Anfang Oktober schießt Österreich seinen fünften Satelliten in Saal.

Das Milchpackerlgrößergerät wird sich, der Klimaforschung widmen, es geht vorwiegend um die Höhe von Eis und Meer auf der Erde.

Der klingende Name des Satelliten, Pretty, Paul Sihorch berichtet.

Pretty ist die englische Abkürzung für die zwei Messinstrumenten an Bord des österreichischen Minisatelliten.

Eines davon wird konkret für die Klimaforschung eingesetzt.

Es arbeitet mit den gleichen Signalen, wie das Autonavi erklärt Andreas Dielacher von Beyond Gravity, die den Satelliten gemeinsam mit der technischen Unikrats gebaut haben.

Das Satellit ist eine Konstellation von GPS-Satelliten.

Die senden ihre Signale auf die Erde.

Auf der einen Seite empfängt das Ort diese Signale und kann die eigene Position bestimmen durch die Trilateration.

Auf der anderen Seite werden die Signale auch von der Erde reflektiert.

Und diese Reflexion können wir im Weltraum wieder messen.

Verglichen mit den Direktsignalen der Satelliten können Daten über die Erdoberfläche gesammelt werden.

Wie dick ist das Eis, wie hoch sind mehrere Spiegel und Wellen.

Außerdem wird die Weltraumstrahlung gemessen, die auf den Satelliten einwirkt.

Dass alles mit neuer Technik die besonders klein ist, Pretty ist dadurch nur so groß, wie eine Milchpackung.

Sein Start ist für Anfang Oktober geplant.

Weitere Meldungen vom Tag hat jetzt Eva Maria Fohn.

Der republikanische Vorsitzender des US-Repräsentantenhauses Kevin McCarthy unterstützt der Mietlungen

für ein mögliches Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Joe Biden.

McCarthy wirft beiden vor, an illegalen Geschäften seines Sohnes beteiligt gewesen zu sein und spricht von Macht, Missbrauch, Verschleierung und Korruption.

Über eine mögliche Amtsenthebung entscheidet aber letztlich der Senat, in den beiden Demokraten eine knappe Mehrheit haben.

Das EU-Parlament in Strasbourg hat Pläne für eine gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern der EU-Mitgliedstaaten gebildet.

Das Plenum hat heute der Initiative im Umfang von 300 Millionen Euro zugestimmt.

Mit dem Geld soll die europäische Rüstungsproduktion angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine angekurbelt werden.

Die EU hat die Ukraine bisher mit insgesamt 20 Milliarden Euro an Militärhilfe unterstützt.

Der nordkoreanische Machthaber Kim Jong-un ist zu Gesprächen mit Präsident Vladimir Putin in Russland eingetroffen.

Sein Zug hat am Vormittag die nordkoreanisch-russische Grenze passiert.

Wann das Treffen mit Putin stattfindet, ist unklar.

Bei den Gesprächen dürfte es um nordkoreanische Waffenlieferungen für Russlands Invasionen der Ukraine gehen.

Österreichs Nationalteam kann heute in Schweden der Qualifikation für die Europameisterschaft 2024 einen Schritt näherkommen.

## [Transcript] Ö1 Journale / Abendjournal um 18 (12.09.2023)

Mit einem Erfolg im Stockholmer Forzollner würde die ÖFB 11 den Vorsprung auf die drittplatzierten

Skandinavia auf sieben Punkte ausbauen, eine Endplatzierung unter den Top 2 und damit ein Startplatz für die Endrunde in Deutschland wäre nur mehr Formsache.

Das Wetter morgen Mittwoch, im Osten und Süden Österreichs teils sonnig, teils bewölkt und noch einmal bis zu 30 Grad, im Bergland hingegen dichtere Wolken und vor allem am Nachmittag teils kräftige Gewitter und hier nur mehr um 22 Grad.

Das war das Abendjournal am 12. September, Rainer Blohberger, Barbara Schiede und Julia Schmuck sagen im Namen des gesamten Teams Danke fürs Interesse.

Hier übernimmt jetzt Monika Feldner, Zimmermann.

Ö1-Journal-Panorama